

Gerhard Kruij

## **Religionen und Kulturen im Konflikt**

### **Schritte zu einer neuen Friedensethik heute (GS 77-90)**

Fastenpredigt im Dom zu Mainz am 15. März 2015

Guten Abend, liebe Schwestern und Brüder,

ich begrüße Sie herzlich zur vierten Fastenpredigt zum Verhältnis „Kirche und Welt“, mit der das Bistum Mainz den 50. Jahrestag der Verabschiedung der Konzilskonstitution „Gaudium et spes“ begeht. Wie Sie wissen, heißt dieser Konzilstext auch „Pastoralkonstitution“. Damit ist aber mehr gemeint als nur eine Reflexion über pastorale Arbeit im engeren Sinn. Das Konzil hat selbst eine Anmerkung zum Titel dieser Konstitution beschlossen: „Sie wird ‚pastoral‘ genannt, weil sie, gestützt auf Prinzipien der Lehre, das Verhältnis der Kirche zur Welt und zu den Menschen von heute darzustellen beabsichtigt.“ Deshalb umfasst die Pastoral-konstitution auch Themen wie das Verhältnis des Einzelnen zu Staat und Gesellschaft, das Gemeinwohl, Ehe und Familie, die Wirtschaft, die Kultur, Staat und Demokratie – all das gehört nach Gaudium et spes zur „Pastoral“ und damit ganz entscheidend zum Weltauftrag von Christen und Kirche. Wer sich dafür als Katholikin oder Katholik nicht interessiert oder wer das für zweitrangig hält, ist zumindest im Sinne des Konzils keine gute Katholikin oder kein guter Katholik. Im fünften und letzten Kapitel von Gaudium et spes ist dann von der Förderung des Friedens und dem Aufbau der Völkergemeinschaft die Rede. Dieses Thema soll auch Schwerpunkt der heutigen Predigt sein.

Liebe Schwestern und Brüder, Sie haben es wahrscheinlich in den Nachrichten gehört oder in der Zeitung gelesen: Vor einigen Tagen beklagten eine Reihe von Hilfsorganisationen, dass die Weltgemeinschaft das syrische Volk alleingelassen habe und sich zu wenig um die Not der vom syrischen Bürgerkrieg betroffenen Menschen kümmere. Seit mehr als 3 Jahren schon tobt dort ein schrecklicher Bürgerkrieg, der 220.000 Menschen das Leben gekostet hat. Von etwa 20 Millionen Syrern sind fast 4 Millionen ins Ausland geflüchtet. Die wenigsten davon schaffen es bis zu uns, die meisten leben unter katastrophalen Bedingungen in den mit den Flüchtlingsströmen vollkommen überlasteten Nachbarländern. Weitere 5 oder 6 Millionen Syrer sind innerhalb Syriens auf der Flucht. In den Medien spielt der Syrienkonflikt inzwischen keine so große Rolle mehr. Warum? Weil andere Konfliktherde in den Vordergrund getreten sind. Seit gut einem Jahr gibt es heftige Kämpfe in der Ukraine. Die Krim wurde von Russland annektiert. Russland unterstützt sogenannte Separatisten in der Ostukraine. Derzeit herrscht ein brüchiger und prekärer Waffenstillstand. 600.000 Ukrainer sind ins Ausland, vor allem nach Russland geflohen, weitere 600.000 in den Westen des Landes. Mehr als 6000 Menschen sind getötet worden. Meine Schwestern und Brüder, es gibt wieder Krieg, sogar bei uns in Europa. Die Ukraine ist von uns nicht weiter entfernt als Spanien oder Süditalien. Wie Sie wissen, gibt es auch große Not und sehr viele Flüchtlinge auf Grund der Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates im Norden Iraks oder der Verbrechen islamistischer Terrorbanden wie Boko Haram im Norden Nigerias, die sich inzwischen dem Islamischen Staat angeschlossen haben. Auch deren Opfer gehen in die Hunderttausende.

So ist es nicht verwunderlich, dass der Globale Risikobericht, der jährlich vom Weltwirtschaftsforum in der Schweiz veröffentlicht wird, zwischenstaatliche Konflikte, Bürgerkriege und den Zerfall von Staaten zu den größten Risiken zählt, denen sich die Welt heute gegenüber sieht. Das führt dazu, dass in der NATO intensiv darüber nachgedacht wird, wieder stär-

ker aufzurüsten. Die NATO führt in diesen Tagen unter Führung der USA und mit Beteiligung der Bundeswehr Manöver im Baltikum und im Schwarzen Meer durch, um gegenüber Russland Stärke zu demonstrieren. Finanzminister Schäuble hat bereits eine Anhebung der Haushaltsausgaben für die Bundeswehr angekündigt. Ich fürchte, wir kommen nicht darum herum, die Bedrohung durch Krieg wieder ernst zu nehmen und an Strategien zu arbeiten, wie der Friede bewahrt bzw. wieder hergestellt werden kann.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie einladen, sich anhand der Pastoralconstitution *Gaudium et spes* die Kernpunkte der katholischen Friedensethik zu vergegenwärtigen. Ich will zunächst versuchen, die Friedensethik des Konzils kurz zusammenzufassen.

*Gaudium et spes* stellt als erstes heraus, welch furchtbares Leiden, welch grausame Unmenschlichkeit mit Kriegen verbunden ist und ruft deshalb dazu auf, sich mit aller Kraft für den Frieden einzusetzen. Das Konzil will deshalb „mit allem Ernst einen Aufruf an alle Christen richten [...], mit allen Menschen zusammenzuarbeiten, um untereinander in Gerechtigkeit und Liebe den Frieden zu festigen und all das bereitzustellen, was dem Frieden dient.“ (GS 77) Dabei wird dieser Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden besonders hervorgehoben. Ohne Gerechtigkeit innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten in der einen Menschheitsfamilie kann es keinen tragfähigen Frieden geben. Deshalb wurde nach dem Konzil 1967 durch Paul VI., der in seiner Enzyklika *Populorum Progressio* „Entwicklung“ als den neuen Namen für Frieden bezeichnete, die Päpstliche Kommission „*Iustitia et Pax*“ gegründet, die in ihrem Namen Gerechtigkeit und Frieden vereint. Seitdem gibt es auch in fast allen Ortskirchen nationale Kommissionen für *Iustitia et Pax*, in Deutschland zunächst als Katholischer Arbeitskreis Entwicklung und Frieden.

*Gaudium et spes* klagt vor allem die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den reichen und den armen Ländern an, die ungerechten Strukturen des Welthandels, die immer noch unglaublich hohe Zahl an Menschen weltweit, die in extremer Armut leben. Nicht erst Papst Franziskus, auch schon das Konzil äußerte sich kritisch zur kapitalistischen Weltwirtschaft: „Um zu einer echten weltumfassenden Wirtschaftsordnung zu kommen, muß auf übertriebenes Gewinnstreben, nationales Prestige, politische Herrschsucht, militaristische Überlegungen und Machenschaften zur zwangsweisen Verbreitung von Ideologien verzichtet werden.“ (GS 85) Und es nimmt dafür jeden einzelnen Christ, jede einzelne Christin in die Pflicht: „Das Ärgernis soll vermieden werden, daß einige Nationen, deren Bürger in überwältigender Mehrheit den Ehrennamen ‚Christen‘ tragen, Güter in Fülle besitzen, während andere nicht genug zum Leben haben und von Hunger, Krankheit und Elend aller Art gepeinigt werden.“ (GS 85) Ja, das Konzil behauptet sogar, dass Gerechtigkeit alleine nicht reicht, um Frieden zu schaffen, sondern dass auch Liebe unter den Menschen und unter den Völkern notwendig sei. So werden besonders wir Christen aufgerufen „andere Menschen und Völker und ihre Würde zu achten, gepaart mit einsatzbereiter und tätiger Brüderlichkeit - das sind unerläßliche Voraussetzungen für den Aufbau des Friedens. So ist der Friede auch die Frucht der Liebe, die über das hinausgeht, was die Gerechtigkeit zu leisten vermag. Das ist ein eindringlicher Aufruf an alle Christen: "die Wahrheit in Liebe zu tun" (Eph 4,15) und sich mit allen wahrhaft friedliebenden Menschen zu vereinen, um den Frieden zu erbeten und aufzubauen.“ (GS 78) Hinsichtlich unserer Bereitschaft, auch Mittel für die Überwindung der weltweiten Ungerechtigkeiten einzusetzen, ist das Konzil sehr deutlich: „Es ist [...] Sache des ganzen Volkes Gottes, wobei die Bischöfe mit Wort und Beispiel vorangehen müssen, die Nöte unserer Zeit nach Kräften zu lindern, und zwar nach alter Tradition der Kirche nicht nur aus dem Überfluß, sondern auch von der Substanz.“ (GS 85) Und damit nicht der Eindruck entsteht, eine solche Solidarität könne dem Handeln Einzelner überlassen werden, betont das Konzil,

dass es notwendig ist, die Hilfe zu organisieren, zu institutionalisieren, zu professionalisieren, wie das ja auch in beträchtlichem Maße etwa bei den kirchlichen Hilfswerken und bei den Verbänden geschieht: „Denn der Geist der Liebe verbietet durchaus nicht die wohlüberlegte und organisierte Durchführung einer sozialen und caritativen Aktion, sondern fordert sie sogar.“ (GS 88)

Besonderes Augenmerk richtet das Konzil auf die Lage der Flüchtlinge und bekräftigt dabei das schon von Johannes XXIII in der Enzyklika *Pacem in terris* proklamierte „Recht auf Auswanderung und Einwanderung“. In *Pacem in terris* 25 steht tatsächlich: „Jedem Menschen muß das Recht zugestanden werden, innerhalb der Grenzen seines Staates seinen Wohnsitz zu behalten oder zu ändern; ja, es muß ihm auch erlaubt sein, sofern gerechte Gründe dazu raten, in andere Staaten auszuwandern und dort seinen Wohnsitz aufzuschlagen.“ Die Begründung dafür ist ganz einfach: „Auch dadurch, daß jemand Bürger eines bestimmten Staates ist, hört er in keiner Weise auf, Mitglied der Menschheitsfamilie und Bürger [der] [...] universalen Gesellschaft und [der] [...] Gemeinschaft aller Menschen zu sein.“ *Gaudium et spes* hat diesen Gedanken aufgegriffen. In Nr. 106 heißt es explizit: „Zu den Rechten der menschlichen Person gehört es auch, sich in diejenige Staatsgemeinschaft zu begeben, in der man hofft, besser für sich und die eigenen Angehörigen sorgen zu können. Deshalb ist es Pflicht der Staatslenker, ankommende Fremde aufzunehmen und, soweit es das wahre Wohl ihrer Gemeinschaft zuläßt, dem Vorhaben derer entgegenzukommen, die sich einer neuen Gemeinschaft anschließen wollen.“ Am Besuch des Papstes auf Lampedusa im Sommer 2013 und seinen wiederholten Protesten gegen das Massensterben von Flüchtlingen im Mittelmeer können wir erkennen, wie sehr sich dieser Papst in diese Tradition von *Pacem in terris* und *Gaudium et spes* einreihet. Natürlich stellt sich die Frage an uns alle, ob auch wir dazu bereit sind.

Als das Konzil 1965 endete, war dies die Zeit nach der gerade überstandenen Kubakrise, die Zeit des sich verschärfenden Vietnamkriegs, die Zeit eines immer schnelleren Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West. Vor diesem Hintergrund verurteilte das Konzil den totalen Vernichtungskrieg: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“ (GS 80) Zum Rüstungswettlauf sagten die Konzilsväter: „Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen.“ (GS 81)

Selbstverständlich haben sich die Zeiten in den letzten 50 Jahren verändert. Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus hat dazu geführt, dass es den Ost-West-Gegensatz in der damaligen Form heute nicht mehr gibt, auch wenn inzwischen neue Spannungen zwischen Russland und dem Westen entstanden sind. Der Prozess der Globalisierung ist bis heute sehr viel weiter vorangeschritten und hat dazu geführt, dass alle Teile der Welt noch viel mehr voneinander abhängen als damals, was allerdings nicht bedeutet hat, dass es heute weniger Konflikte gibt. Diese Konflikte involvieren inzwischen sehr viel mehr als damals ganz offensichtlich auch die verschiedenen Religionen bzw. die mit ihnen jeweils eng verflochtenen Kulturen. Und dabei ist es nicht nur der Islam, in dem es fundamentalistische Gruppen gibt. Nein es gibt sie auch im Judentum, beispielsweise unter durchaus auch gewaltbereiten Siedlern in den von den Palästinensern beanspruchten Gebieten – und es gibt sie unter Christen. Beispielsweise treibt im Grenzgebiet zwischen der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo und dem Südsudan eine Terrorbande namens Lord's Resistance Army ihr Unwesen. Sie will einen christlichen Gottesstaat errichten. Hatte der

inzwischen verstorbene Samuel Huntington vielleicht doch Recht, als er schon 1996 sein Buch „The Clash of Civilizations“, der „Zusammenstoß der Kulturen“ veröffentlichte?

Ich meine, dass man hier sehr genau hinschauen muss. Nicht Kulturen oder Religionen stehen miteinander im Konflikt, sondern immer Menschengruppen mit ihren Interessen, die dann allerdings Versatzstücke von kulturellen und religiösen Traditionen sehr wohl ideologisch dazu missbrauchen können, Gewalt und Terror zu rechtfertigen. Elemente religiöser Identitäten scheinen besonders geeignet dazu, Menschen zu rekrutieren und zu mobilisieren. Bedauerlicherweise ist die Geschichte der Menschheit eine Gewalt- und Konfliktgeschichte, in die auch die Geschichte der Religionen mit ihren Traditionen hineinverwoben ist. Vermutlich jede Religion steht in der Gefahr, auch für die Legitimation von Unrecht und Krieg herangezogen zu werden, auch für die Unterdrückung von Minderheiten, von Frauen, von Menschen mit anderer sexueller Orientierung oder Menschen anderer Religionen. Dafür gibt es viele historische Beispiele im Islam, Christentum und Judentum. Und an den interreligiösen Konflikten beispielsweise in Indien lässt sich ablesen, dass dies auch für Hinduismus und Buddhismus gilt – wobei Anhänger aller Religionen immer wieder auch Opfer religiöser Verfolgung werden. Deshalb muss eine Friedensethik heute in der Richtung weiterentwickelt werden, dass auch der Frieden zwischen den Religionen möglich wird und die Religionsvertreter lernen, sich gegen seinen solchen Missbrauch der Religion zu wehren. Da hat Hans Küng sicherlich recht: Es wird keinen Weltfrieden geben ohne Frieden zwischen den Religionen.

Eine grundsätzliche Voraussetzung dafür ist die Haltung, die Anderen, die aus ihrer Kultur und Religion kommen, in ihrer Würde und mit ihren Rechten grundsätzlich als Gleiche anzuerkennen. Man muss dazu nicht auf einen Wahrheitsanspruch für die eigene Religion verzichten. Aber auch wenn man von der Wahrheit der eigenen Religion überzeugt ist, darf man Menschen anderer Religion nicht das Recht absprechen, ebenfalls von ihrer Religion überzeugt zu sein. Es ist verständlich, dass sich religiös Überzeugte damit schwer tun.

Doch das Konzil hat auch dafür wichtige Grundlagen gelegt. Es hat im Gegensatz zur vorkonziliaren Lehre der Kirche die Religionsfreiheit anerkannt. Es hat betont, dass in allen Religionen und Kulturen „Samenkörner“ des Wortes Gottes gegenwärtig sind, es hat zum Dialog mit allen Menschen aufgerufen, aus anderen christlichen Konfessionen, anderen Religionen und Nicht-Gläubigen, ja sogar explizit auch die Gegner der Kirche zum Dialog eingeladen.

Interessant ist, wie Papst Franziskus in seinem Rundschreiben Evangelii gaudium zu den Fragen der kulturellen und religiösen Vielfalt Stellung bezogen hat. Er tut dies vor allem unter zwei Gesichtspunkten, einmal unter der Perspektive der Inkulturation des christlichen Glaubens in verschiedenen Kulturen, zum Zweiten aber auch unter der Perspektive des interkulturellen Dialogs.

Für Papst Franziskus ist die Botschaft des Evangeliums nicht an eine bestimmte Kultur gebunden. Deshalb, so sagt er in Nr. 117, „kann man bei der Evangelisierung neuer Kulturen oder solcher, die die christliche Verkündigung noch nicht aufgenommen haben, darauf verzichten, zusammen mit dem Angebot des Evangeliums eine bestimmte Kulturform durchsetzen zu wollen, so schön und alt sie auch sein mag. Die Botschaft, die wir verkünden, weist immer irgendeine kulturelle Einkleidung vor, doch manchmal verfallen wir in der Kirche der selbstgefälligen Sakralisierung der eigenen Kultur, und damit können wir mehr Fanatismus als echten Missionseifer erkennen lassen.“ „Wir können nicht verlangen,“ – so fährt er fort – „dass alle Völker aller Kontinente in ihrem Ausdruck des christlichen Glaubens die Modalitäten nachahmen, die die europäischen Völker zu einem bestimmten Zeitpunkt der Geschichte

angenommen haben, denn der Glaube kann nicht in die Grenzen des Verständnisses und der Ausdrucksweise einer besonderen Kultur eingeschlossen werden. Es ist unbestreitbar, dass eine einzige Kultur das Erlösungsgeheimnis Christi nicht erschöpfend darstellt.“ (EG 118)

Eine ähnliche grundsätzliche Offenheit, wie er sie anderen Kulturen gegenüber an den Tag legt, beweist er auch im interreligiösen Dialog. Er hält ihn für „eine notwendige Bedingung für den Frieden in der Welt und darum eine Pflicht für die Christen wie auch für die anderen Religionsgemeinschaften.“ (EG 250) Zum Problem des gewaltbereiten islamischen Fundamentalismus sagt Franziskus: „Angesichts der Zwischenfälle eines gewalttätigen Fundamentalismus muss die Zuneigung zu den authentischen Anhängern des Islam uns dazu führen, gehässige Verallgemeinerungen zu vermeiden, denn der wahre Islam und eine angemessene Interpretation des Korans stehen jeder Gewalt entgegen.“ (EG 253)

Was wir also brauchen für den Frieden zwischen den Religionen ist einerseits eine echte Bereitschaft zum Dialog, eine echte Bemühung, den anderen zu verstehen, um zu einem ausgewogenen und differenzierten Urteil zu gelangen. Wir brauchen auch die Bereitschaft zur Selbstkritik und zur Hinterfragung unserer eigenen Überzeugungen, um beispielsweise zu prüfen, ob wir nicht auch öfters historisch erklärbare kulturelle Vorstellungen, die auch ganz anders sein könnten, mit der Wahrheit des Glaubens verwechseln. Weil aber hinter den religiösen Konflikten sehr häufig andere Konflikte und akkumulierte Ungerechtigkeiten stecken, bleibt die Einsicht gültig, dass Frieden nicht möglich ist ohne Gerechtigkeit. Deshalb bleibt auch für den Frieden zwischen den Religionen das Bemühen um Gerechtigkeit unter den Menschen unaufgebar. Im Blick darauf muss heute noch mehr als vor 50 Jahren die globale Perspektive ausschlaggebend sein, denn all diese Konflikte betreffen in einer mehr und mehr globalisierten Welt heute die gesamte Menschheit.

Damit globale Gerechtigkeit und Weltfrieden möglich werden, und da hat das Konzil durchaus weiterhin recht, braucht es eine von allen anerkannte öffentliche Weltautorität, die aber nicht dadurch zustande kommen kann, dass ein Staat oder ein Bündnis mehrerer Staaten übermächtig wird und die anderen unterdrückt, sondern nur dadurch, dass sich die Staaten zusammentun, Verträge miteinander schließen und faire und gewaltlose Verfahren der Konfliktaustragung einrichten. Dazu brauchen wir keine Weltregierung, aber, modern gesprochen, Global Governance, also eine auf das Weltgemeinwohl ausgerichtete Weltinnenpolitik und geeignete Institutionen dafür. Die Vereinten Nationen und der Weltsicherheitsrat sind erste Schritte in diese Richtung, wir wissen aber, dass sie, wie beispielsweise im Fall Syrien, häufig versagen und die Kriege und das Elend, die mit ihnen verbunden sind, nicht verhindern. Die Konzilsväter wussten auch bereits, warum eine wirklich effektive Weltautorität noch nicht zustande gekommen ist. Deshalb verlangten sie von den politisch Verantwortlichen „daß sie mit Geist und Herz über die Grenzen ihrer eigenen Nation hinausschauen, daß sie auf nationalen Egoismus und den Ehrgeiz, andere Nationen zu beherrschen, verzichten, daß sie eine tiefe Ehrfurcht empfinden für die ganze Menschheit, die sich so mühsam schon auf eine größere Einheit hinbewegt.“ (GS 82) Aber sie wussten auch, dass die Regierenden nicht alleine dafür verantwortlich sind, sondern darauf angewiesen sind, dass in den von ihnen regierten Gesellschaften auch die Bereitschaft dazu vorhanden ist. Deshalb sagt Gaudium et spes auch: „Nichts nützt ihnen ihr Bemühen, Frieden zu stiften, wenn Gefühle der Feindschaft, Verachtung, Mißtrauen, Rassenhaß und ideologische Verhärtung die Menschen trennen und zu Gegnern machen. Darum sind vor allem eine neue Erziehung und ein neuer Geist in der öffentlichen Meinung dringend notwendig.“ (GS 82)

Liebe Schwestern und Brüder, auf den ersten Blick klingt das alles vielleicht sehr naiv. Der sogenannte Neorealismus, der in der Politikwissenschaft von vielen vertreten wird, behauptet, dass man gar nicht damit rechnen könne, dass Staaten anders handelten als egoistisch. Es ist aber auch klar, dass man dann kaum erwarten kann, dass die auf uns zukommenden Menschheitsprobleme friedlich gelöst werden. Realistischerweise müssen wir darauf hoffen, dass es auch politisch Verantwortliche gibt, die sich nicht nur von egoistischen Interessen leiten lassen, sondern sich dem Weltgemeinwohl verpflichtet fühlen. Und damit solche Politikerinnen und Politiker nicht sofort wieder abgewählt werden, braucht es eine kritische Masse an Bürgerinnen und Bürgern, die ihrerseits nicht nur egoistisch an ihren eigenen Vorteil denken, sondern die legitimen Interessen anderer ebenfalls berücksichtigen, für den Frieden auch bereit sind, Kompromisse einzugehen oder sogar Opfer zu bringen.

Liebe Schwestern und Brüder, hier müssen wir uns alle auch selbst in die Pflicht nehmen: Als Christinnen und Christen müssten wir doch wirklich in ganz besonderer Weise zum Frieden beitragen und auch bereit sein, dafür Opfer zu bringen. Die Fastenzeit sollte auch in dieser Hinsicht eine Zeit der Gewissenserforschung sein. Wie Papst Franziskus hat schon das Konzil betont, dass es nicht genügt, „vom Glauben erleuchtet zu sein und beseelt vom Wunsch, Gutes zu tun, um eine Kultur mit gesunden Grundsätzen zu durchdringen und sie im Geist des Evangeliums zu beleben. Zu solchem Zweck ist es notwendig, sich in ihren Einrichtungen zu engagieren und tatkräftig von innen her auf sie zu wirken.“ (GS 147) Unser Glaube und unser Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit müssen deshalb politisch werden. Informieren wir uns genug über die Ursachen der Not und die Möglichkeiten zu ihrer Bekämpfung? Verweigern wir uns allzu einfachen Lösungen und strengen uns genügend an, um die oft sehr komplexen Zusammenhänge besser zu verstehen? Tragen wir genug dazu bei, dass über die Probleme sachlich und lösungsorientiert diskutiert wird? Protestieren wir deutlich genug, wenn gegen Flüchtlinge, gegen Minderheiten oder gegen andere Religionen wie das Judentum oder den Islam gehetzt wird? Unterstützen wir diejenigen Politikerinnen und Politiker, die nicht nur die Interessen bestimmter Gruppen in unserer Gesellschaft, sondern das Gemeinwohl, letztlich das Weltgemeinwohl im Blick haben, und besonders die Not der Ärmsten? Tun wir selbst genug, um die Not in der Welt zu lindern? Durch Spenden für Hilfswerke und Friedensgruppen, durch ein verantwortungsbewusstes Konsumverhalten, durch ein waches Auge für die Not anderer auch in unserer nächsten Umgebung und die nötige Hilfsbereitschaft?

Ich bekenne, dass ich mehr tun könnte – und da bin ich sicher nicht der einzige. Die vorösterliche Fastenzeit ist eine Einladung zur Umkehr, zu einer Umkehr, die trotz der erdrückenden Last der Not mit kleinen Schritten beginnt und bei der sicherlich kleine Schritte besser sind als gar keine. Lasst uns an Ostern die Auferstehung unseres Herrn Jesus Christus feiern – aber lasst uns auch aufstehen gegen die Ungerechtigkeit und den Unfrieden der Welt, lasst uns aufstehen gegen die Mutlosigkeit und die Trägheit unserer Herzen.